



# FÜR EIN SOZIALES UND STARKES SIEGEN-WITTGENSTEIN

Tätigkeitsbilanz 2021 der Kreistagsfraktion.

**DIE LINKE.**  
Kreistagsfraktion Siegen-Wittgenstein



## **DIE LINKE. Fraktion im Kreistag Siegen-Wittgenstein**

Kölner Str. 2  
57072 Siegen

Telefon: +49 (0)271 2342930  
E-Mail: [kreistagsfraktion@die-linke-siegen-wittgenstein.de](mailto:kreistagsfraktion@die-linke-siegen-wittgenstein.de)  
[www.die-linke-siegen-wittgenstein.de](http://www.die-linke-siegen-wittgenstein.de)



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

seit 2009 ist DIE LINKE mit einer Fraktion im Kreistag des Kreises Siegen-Wittgenstein vertreten. Wir sind zwar nur die kleinste Fraktion, aber mit unseren Anträgen und Anfragen versuchen wir dennoch. Einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in unserem Kreis zu leisten und Bereiche aufzeigen, in denen unserer Meinung nach Handlungsbedarf besteht.

Demokratie lebt davon, für die eigenen Positionen Mehrheiten zu finden. Dies ist bei den derzeit herrschenden Sitzverhältnissen im Kreistag eher selten möglich. Aber wir haben uns z. B. erfolgreich für die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes für Beschäftigte im Bereich der schulischen Inklusion eingesetzt und mit dazu beigetragen, dass bei der Umsetzung des Landesprogramms „Kommunales Integrationsmanagement“ nicht nur die Kommunen, sondern auch Träger der freien Wohlfahrtspflege, die auf diesem Gebiet schon seit längerem aktiv sind, einbezogen werden. Auf den folgenden Seiten finden sich eine Reihe der Anfragen, die wir im vergangenen Jahr im Kreistag und seinen Ausschüssen eingebracht haben und die Kernaussagen der Verwaltung sowie unsere Einschätzung dazu. Häufig liegen den Anfragen Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern zu Grunde, die sich in einer Problemlage an uns gewandt haben. Wir möchten auch Sie dazu auffordern, sich vertrauensvoll an die Mitglieder unserer Fraktion (s. Übersicht auf S. 5) zu wenden, damit wir ggf. unterstützend tätig werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Ullrich-Eberhardt Georgi  
Fraktionsvorsitzender

## Die Kreistagsfraktion



**Ullrich-Eberhardt Georgi**  
Fraktionsvorsitzender



**Katrin Fey**  
Stv. Fraktionsvorsitzende



**Ingo Langenbach**  
Fraktionsgeschäftsführer

#### **Jugendhilfeausschuss**

Katrin Fey (Mg., Kreistagsmg.)  
Ingo Langenbach (Mg., skd. Bürger)

#### **Ausschuss für Finanzen, Vergabe, Bau und Digitalisierung**

Ullrich Georgi (Mg., Kreistagsmg.)  
Katrin Fey (stv. Mg., Kreistagsmg.)

#### **Rechnungsprüfungsausschuss**

Sven Wengenroth (Mg., skd. Bürger)  
Mareike Heupel (stv. Mg., skd. Bürgerin) bis 12/2021  
Katrin Fey (stv. Mg. / Kreistagsmg.) ab 12/2021

#### **Ausschuss für Schule, Weiterbildung, Sport und Integration**

Ullrich Georgi (Mg., Kreistagsmg.)  
Ingo Langenbach (stv. Mg., skd. Bürger)

#### **Ausschuss für Gesundheit, Bevölkerungsschutz, Soziales**

Katrin Fey (Mg., Kreistagsmg.)  
Prof. Dr. Hans Wenzel (stv. Mg., skd. Bürger)

#### **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Land- und Forstwirtschaft**

Mareike Heupel (Mg., skd. Bürgerin) bis 12/2021  
Mark Philip Stadler (Mg. skd. Bürger) ab 12/2021  
Peter Künstler (stv. Mg., skd. Bürger)

#### **Ausschuss für Wirtschaft, Mobilität und Verkehrsinfrastruktur**

Dirk Jakob (Mg., skd. Bürger)  
Mareike Heupel (stv. Mg., skd. Bürgerin) bis 12/2021  
Mark Philip Stadler (stv. Mg., skd. Bürger) ab 12/2021

#### **Ausschuss für Kultur, Tourismus und Ehrenamt**

Alexandra Horsthemke (Mg., skd. Bürgerin)  
Sandro Abbate (stv. Mg., skd. Bürger)

#### **Wahlprüfungsausschuss**

Ullrich Georgi (Mg., Kreistagsmg.)  
Ingo Langenbach (stv. Mg., skd. Bürger)

Anfrage im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz am 03.03.2021

Auf unsere Anfrage, wie viele Menschen im Kreisgebiet 2020 einen Schwerbehindertenausweis erhalten haben oder einen besitzen, antwortete die Verwaltung: „Zum 31.12.2020 hatten im Kreisgebiet Siegen-Wittgenstein 35.036 Personen einen Anspruch (...)“

Im Jahr 2020 haben 147 Antragssteller\*innen einen negativen Bescheid im Anschluss an das Widerspruchsverfahren gegen den Bescheid beim Sozialgericht Dortmund eingereicht.

Auf unsere Nachfrage im Ausschuss, wie viele Klagen der 147 Widerspruchsverfahren erfolgreich gewesen seien, antwortete die Verwaltung, dass 115 abgeschlossen worden seien. In 16 Fällen waren die Klagen vollumfänglich erfolgreich gewesen, in weiteren 14 Fällen war eine Klage teilweise erfolgreich.

(Quelle: Drucksache 93/2021 1. Ergänzung)

## Kommentar

Im Austausch mit Betroffenen wurde uns klar, wie wenig transparent die Kriterien beim Vergabeverfahren für Betroffene oft sind. So entsteht der Eindruck einer willkürlichen Vergabepaxis. Unserer Ansicht nach muss das Sozialamt des Kreises Siegen-Wittgenstein Vergabekriterien für Bürger\*innen transparenter, nachvollziehbarer und vor allem einfacher gestalten. Laut Betroffenen reichen die Informationsmöglichkeiten des Kreises, online auf deren Internetseite und/oder über die Info-Hotline (0271-333 1788) bei Weitem nicht aus. Auch das Angebot an individueller Beratung und Begleitung betroffener Antragssteller\*innen durch das Kreissozialamt muss ausgebaut werden.

Anfrage im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz am 03.03.2021

Im Rahmen der Pandemie wurde eine Zunahme von psychischen Erkrankungen befürchtet und durch eine Umfrage unter Psychiater\*innen bestätigt. Wir wollten wissen, wie die Region auf diese Krise reagiert.

Insgesamt stand für einige Fragen nicht ausreichend belastbares Datenmaterial zur Verfügung, allerdings ließ sich keine Fallzunahme in der Psychiatrie feststellen, jedoch eine kürzere Verweildauer.

Verdoppelt hat sich jedoch die Zahl der Kriseninterventionen/Notfälle beim Sozialpsychiatrischen Dienst im Bereich Suizidalität u. Psychose. Auch die ambulante Beratung der Kinder- und Jugendpsychiatrie hat signifikant zugenommen.

Digitale und telefonische Beratungsangebote wurden vermehrt beworben und angeboten.

Kommentar

Offensichtlich löst insbesondere der Lockdown bei Menschen Ängste und Depressionen aus. Fehlende Kontakte und Tagesstruktur und die Angst vor einer Infektion, lässt die Zahl der Hilfesuchenden steigen.

Unserer Meinung nach, muss insbesondere im kinder- und jugendpsychiatrischen Bereich das Angebot sowohl ambulant als auch stationär erhöht werden. Wartezeiten sind zu verkürzen und das Angebot an Therapeut\*innen muss flächendeckend sein.

Die Pandemie führt zu einem erhöhten Bedarf, dem schnell und unbürokratisch zu begegnen ist.

Anfrage im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz am 03.03.2021

Das Impfzentrum Siegen-Wittgenstein hatte seinen Betrieb am 08.02.21 aufgenommen. Die Impfterminvergabe und -reihenfolge wurde bürokratisch geregelt, war aber nicht immer verständlich für die Bürger\*innen. Durch unsere Anfrage wollten wir Klarheit schaffen.

Die Kreisverwaltung verwies ausführlich und detailliert auf alle wichtigen Informationskanäle und das Vorgehen, um einen Impftermin zu erhalten. Dieser könne entweder telefonisch oder online gebucht werden.

Die Impftermine wurden nach Reihenfolge der Impfpflicht der STIKO vergeben. Ein zweites Impfzentrum war seinerzeit noch nicht vorgesehen, allerdings laut NRW-Gesundheitsminister Laumann andere Möglichkeiten des dezentralen Impfens (Bürgerhäuser, mobile Impfbusse etc.), sobald genügend Impfstoff zur Verfügung steht.

### Kommentar

Unserer Meinung nach, zeigt sich besonders im Rückblick die Schwierigkeit von flächendeckenden Impfangeboten in unserem großen Landkreis, neben einem Mangel an Impfstoff.

Unterstützt durch eine Pressemitteilung unserer Bundestagsabgeordneten Sylvia Gabelmann fordern wir, eine Einbeziehung aller niedergelassenen Hausärzt\*innen noch vor Ende März und eine Erhöhung der Impfgeschwindigkeit, um Mutanten und einen Anstieg von Infektionen zu vermeiden. Keine Impfdosen dürfen zurückgehalten werden, sondern sollen für die Erstimpfung genutzt werden. Auch der Abstand zwischen zwei Impfungen kann verlängert werden, um mehr Menschen eine Erstimpfung zukommen zu lassen.

Geprüft werden muss, ob es Möglichkeiten von Impfstellen bei Apotheken und mobile Impfangebote gibt.



Anfrage im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz am 03.03.2021

Seit Bestehen eines neuen Gesetzes Anfang 2020 waren lediglich zwei Anträge zur Beschäftigungsduldung stattgegeben worden, zehn dagegen wurden abgelehnt.

Insbesondere die fehlende Klärung der Identität gab die Behörde als Grund an. Die Behörde äußerte, Ermessensspielräume im rechtlichen Rahmen auszuüben. Die Hürden für die neue Duldungsform sind hoch und durch Erfahrungsberichte von Betroffenen und Ehrenamtlichen ist davon auszugehen, dass nicht wohlwollend und im Sinne einer Willkommensbehörde entschieden wird.

Zudem gab die Behörde auf mündliche Nachfrage im Ausschuss zu, dass es im Kreishaus zu Festnahmen gekommen sei.

### Kommentar

Für uns nicht überraschend zeigt sich, dass die Arbeitsweise der Behörde restriktiv ist und der Nutzen des neuen Gesetzes für die Betroffenen gering. Das Ziel der Landesregierung, mehr Menschen Integration zu ermöglichen und „Schwebezustände“ wie Kettenduldung abzuschaffen, ist somit erreicht.

Eine großzügigere Handhabung insbesondere bei der Klärung der Identität ist unsere Forderung. Durch viele Gespräche mit Betroffenen und deren Helfer\*innen, wissen wir, dass die Entscheidungen der Kreisausländerbehörde als intransparent, willkürlich und schikanös empfunden werden. Unsere Anfrage zeigt, den geringen Nutzen dieser seitens der Landesregierung vollmundig angekündigten „Chance“ für Menschen ohne Bleiberecht.

Ermessensspielräume müssen konsequent und entschlossen umgesetzt werden. Wir wollen mehr Mut für humanitäre Entscheidungen!

## Aktuelles Impfmanagement in Siegen-Wittgenstein

Anfrage im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz am 28.04.2021

Wir wollten wissen, wie die aktuelle Dynamik im Infektionsgeschehen einzuordnen ist.

Da Siegen-Wittgenstein keine Modellkommune wurde, verwies die Behörde zum Vorgehen bei Öffnungen von Geschäften, Gastronomie und Kultur auf die Inzidenzwerte und das Infektionsschutzgesetz.

Auch der geplante digitale Impfnachweis würde eine Rolle spielen. Zudem gab die Verwaltung einen Überblick über die Erst- und Zweitimpfungen, wobei sichtbar wurde, dass Impfstoffmangel herrscht.

Wohnungslosen würde entgegen früherer Aussagen erst ab Mai 2021 ein Angebot gemacht werden können, da der angedachte Impfstoff Johnson&Johnson verspätet zugelassen wurde.

## Kommentar

Der Impfstoffmangel war ein großes Problem, besonders für benachteiligte Gruppen wie Wohnsitzlose und auch die vulnerablen Gruppen konnten noch nicht alle eine erste Impfung erhalten.

Wir forderten, alle Impfvorräte sofort zu nutzen für eine erste Schutzimpfung. Ein Öffnen der Priorisierung im Sinne einer Einzelfallentscheidung durch Hausärzt\*innen macht Sinn.

Anfrage im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz am 09.06.2021

Laut Kreisverwaltung lagen keine umfassenden Informationen zu angedrohten oder vollzogenen Stromsperren im Kreisgebiet vor. Bei Nachfragen zu den kreisangehörigen Kommunen im Ausschuss wurden folgende Informationen bekannt:

Insgesamt wurden 13 Fälle gemeldet, die von einer Stromsperrung bedroht waren. Bei drei Fällen handelte es sich um Empfänger\*innen von Grundsicherungsleistungen, zehn Fälle in der Stadt Siegen, zwei Fälle in Netphen und ein Fall in Kreuztal.

Eine Stromsperrung wurde in zwei Fällen vollzogen, in einem Fall über einen Zeitraum von 3 Monaten.

Kommentar

Wir verurteilen Stromsperren strikt. Es gibt keine Begründung, Menschen den Strom abzustellen und in kalten, dunklen Wohnungen hausen zu lassen.

Leider hat die Corona-Pandemie die Situation für Betroffene noch weiter verschärft. Wir werden das Thema und vor allem das Aufzeigen existenzieller Bedrohung durch Stromsperren für Betroffene auch 2022 auf die Tagesordnung des Kreises und in die Öffentlichkeit bringen.

Anfrage im Ausschuss für Schule, Weiterbildung, Sport und Integration am 15.06.2021

Laut Kreisverwaltung gab es bei Einreichung unserer Anfrage im Ausschuss Schule, Weiterbildung, Sport und Integration am 15.06.2021 weder eine vom Schulamt oder der Regionalen Schulberatungsstelle des Kreises durchgeführte Statistik über die Situation sozial benachteiligter Schüler\*innen, z.B. im Hinblick auf Lernstand und Lernrückstand vor und während der Corona-Pandemie noch sei eine solche Erhebung in Zukunft geplant.

Konkrete Maßnahmen zur Unterstützung benachteiligter Schüler\*innen im Kreis Siegen-Wittgenstein gehören laut dem Kreis in der Zuständigkeit der Schulen. Dazu gehören die Bereiche „Digitale Sofortausstattungen“, Stärkung bestehender Strukturen der Schulsozialarbeit in den Schulen, das NRW-geförderte Programm „Extra-Zeit zum Lernen“ sowie das von der Bundesregierung etablierte „Aktionsprogramm ‚Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche‘“.

Kommentar

Die Folgen, vor allem für finanziell schlechter gestellte Schüler\*innen in unserem Kreis, werden auch 2022 nicht verschwinden.

Wir werden dieses Thema auch in diesem Jahr mit erneuten Anfragen in den entsprechenden Kreisausschüssen auf die Tagesordnung bringen, denn die Folgen von Schulausfall, neue nicht für alle Schüler\*innen geeignete Unterrichtsformen sowie nicht ausreichend technische Voraussetzungen für finanziell schlechter gestellte Schüler\*innen muss entgegengewirkt werden.

Anfrage im Ausschuss für Schule, Weiterbildung, Sport und Integration am 15.06.2021

Laut der Kreisverwaltung gab es bereits 2017 Gespräche mit der Stadt Netphen darüber, wie die Eissporthalle Netphen erhalten werden könne.

Allerdings wurden von uns unterstützte und eingebrachte Formen, wie z.B. ein Arbeitskreis zur Eissporthalle von der Stadt Netphen eher stiefmütterlich behandelt.

Auf unsere Anfrage im Hinblick auf a) Sanierung und Modernisierung der Eissporthalle, b) konkrete Finanzpläne und c) Fördermittel und Marketingkonzepte wurde darauf verwiesen, dass die Stadt Netphen hier den ersten Schritt tun sollte.

## Kommentar

Unser Eindruck ist, dass 2021 sowohl die Stadt Netphen wie auch die Kreisverwaltung kein wirkliches Interesse am Erhalt der Eissporthalle hatte. Indem man sich gegenseitig die Zuständigkeitsfrage zuspielte, vergeudete man wertvolle Zeit zum Handeln.

Unserer Meinung nach hätte der Erhalt der Eissporthalle vorrangiges Ziel der Stadt Netphen in Kooperation mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein und angrenzender Städte, wie z. B. Hilchenbach, Kreuztal, Erndtebrück, Bad Laasphe und Bad Berleburg sein müssen. Wünschenswert wäre eine interkommunale Zusammenarbeit gewesen, die sich für eine gemeinsame Lösung zum Erhalt der Eissporthalle eingesetzt hätte. Die Chance, dieses Freizeit- und Tourismusangebot unserer Region zu erhalten, die Attraktivität unserer Region zu sichern und auszubauen sowie die Standortattraktivität für Unternehmensansiedlungen, verbunden mit dem Zuzug von Fachkräften wurde vertan. Echt schade!



## Anfrage zu konkreten Hilfen für finanziell benachteiligte Kinder, Jugendliche und Heranwachsende während der Corona-Pandemie

Anfrage im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz am 08.09.2021

Auf unsere Anfrage konnte die Kreisverwaltung keine gesicherten Zahlen liefern, die auf eine Benachteiligung während der Corona-Pandemie hindeuten.

Aber „[m]it dem Beschluss des Kreistages vom 19.03.2021 wurde die Verwaltung damit beauftragt, eine regelmäßige Sozialberichterstattung durchzuführen und (...) vorzulegen (DS 101/2021).“

### Kommentar

Eine regelmäßige Sozialberichterstattung sowie die Einrichtung der Arbeitsgruppe „Sozial- und Armutsberichterstattung“ befürworten und unterstützen wir ausdrücklich.

Unsere Vertreter\*innen in dieser Arbeitsgruppe und im Ausschuss Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz setzen sich dafür ein, dass das Ziel ist, die Entwicklung sozialer Ungleichheiten und Teilhabechancen verschiedener Bevölkerungsschichten anhand von verlässlichen Zahlen abzubilden und bei sozial-finanziellen Schieflagen von Seiten der Kreisverwaltung schnelle, unkomplizierte und wirksame Hilfen anzubieten.

## Anfrage zur Unterstützung des Bundes für schulische Nachhilfe in der „Corona“-Pandemie

Ausschuss für Schule, Weiterbildung, Sport und Integration am 14.09.2021

Mit dieser Anfrage hatten wir im Ausschuss nachgefragt, ob und wenn ja, an welchen kreiseigenen Schulen Fördermittel beim Bund abgerufen worden sind.

Laut Verwaltung wurden Gelder aus dem NRW-Programm „Extra-Geld“ für die kreiseigenen Schulen abgerufen, um die pandemiebedingten schulischen Defizite bei Schüler\*innen abzufedern.

Der Schulträger des Kreises, die Berufskollegs und die Lindenschule stehen hierzu in engem Austausch.

### Kommentar

Die Corona-Pandemie hat wie durch ein Brennglas die jahrzehntelange Unterfinanzierung aus Ausdünnung des Bildungsbereiches aufgezeigt. Auch bei den kreiseigenen Schulen sieht man gerade in der Corona-Pandemie diese Unterfinanzierung.

Dabei ist es unserer Ansicht nach enorm wichtig, dass vor allem bei bürokratischen Hürden bei der Antragsstellung von Fördermittel vom Land und/oder Bund die kreiseigenen Schulen Unterstützungsangebote durch die Kreisverwaltung angeboten bekommen, damit nötige finanziellen Hilfen auch beim Land und/oder Bund abgerufen werden, die wiederum in Personal und Ausstattung an unseren Schulen und zu Gunsten der Schülerschaft eingesetzt werden können.

Wir bleiben an dieser Frage dran und werden auch 2022 das Thema auf die Tagesordnung des Kreis Ausschusses und des Kreistages bringen.

## 100,- Euro Zuwendung aus nicht verbrauchten BuT-Mitteln an bedürftige Familien mit Kindern

Antrag im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz am 24.09.2021

Aufgrund der Pandemie waren Kitas und Schulen lange geschlossen und die Kinder stattdessen zuhause. Dadurch wurden Leistungen aus dem BuT nicht in Anspruch genommen, wie etwa Geld für Mittagessen.

Diese Gelder fließen ungenutzt wieder zurück nach Berlin, derweil die Familien häufiger höhere Kosten in der Familie haben durch den Lockdown. Der Antrag hat ein Volumen von ca. 400.000,- Euro. Wir forderten eine Zahlung von 100,- Euro pro Kind an die anspruchsberechtigten Familien.

Die Verwaltung verwies auf aktuelle Förder- und Aktionsprogramme, die in Coronazeiten durch die Bundesregierung gestartet wurden. Zudem sei der Betrag eine außerplanmäßige Aufwendung und hat keine Deckung im Haushalt. Der Antrag wurde um Freitag am 24.9. abgelehnt.

### Kommentar

Jährlich wird ein großer Teil der BuT Zuwendungen nicht ausgezahlt und somit nicht genutzt.

Wir fordern eine unbürokratische Hilfe für Familien und generell ein niederschwelliges System, damit alle vorhandenen Leistungen auch tatsächlich dort helfen, wo sie gebraucht werden.

Ausgefallene Leistungen, wie etwa das Mittagessen in der Ganztagschule oder Kita, sollten in Geldleistungen erbracht werden.

Familien, die es in Coronazeiten ohnehin schon schwer haben, werden durch das fehlende Geld zusätzlich belastet. Es fehlt zum einen die Kinderbetreuung, zum anderen fallen zusätzliche Ausgaben an. Dass Gelder schuldlos nicht in Anspruch genommen werden können, ist ungerecht und verstärkt die soziale Schieflage.



Anfrage im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz am 01. Dezember 2021

Die Kosten der Unterkunft für Bezieher\*innen im Arbeitslosengeld-II-Bezug ist derzeit weit davon entfernt, existenzsichernd gestaltet zu sein.

Der massive Mietanstieg der vergangenen Jahre belastet arme Haushalte bis hin zu Haushalten mit mittlerem Einkommen stark – Tendenz: weitere Verschärfung.

Aus unserer Sicht ist die Übernahme der Wohnkosten derzeit unzureichend gesetzlich geregelt, obwohl unseres Erachtens Wohnen zum verfassungsrechtlich geschützten Existenzminimum gehört.

## Kommentar

Nicht erst durch die Corona-Pandemie ist bezahlbarer Wohnraum für Menschen in unserem Kreisgebiet Mangelware. Die letzten anderthalb Jahren haben es nur schonungslos offen gelegt, mit welchen alltäglichen Probleme sich Menschen in ALG-II-Bezügen konfrontiert sehen.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Richtwerte für die abstrakte Angemessenheit von Unterkunftskosten und Heizung so berechnet werden, dass „finanzierbarer“ Wohnraum in unserem Kreisgebiet tatsächlich und ausreichend verfügbar ist bzw. vorgehalten wird, auch und vor allem für Menschen in Bezügen, sei es nun in den ALG II-Bezügen oder bei der Sozialhilfe.

## Zumutbare Mitwirkungspflicht Militärdienst

Anfrage im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Bevölkerungsschutz am 01. Dezember 2021

Zwei Familienväter sollen laut Behörde zum Wehrdienst ins Herkunftsland abgeschoben werden.

In der Antwort der Verwaltung wurde auf das Asylrecht und das Grundgesetz verwiesen, was eben keinen generellen Anspruch auf Bleiberecht gewähre. Zudem sah sich die Verwaltung lediglich als Vollstreckerbehörde für das BAMF.

Ermessensspielräume seien begrenzt, würden aber genutzt. Zukünftig will man als Willkommensbehörde als Teil von KIM (Kommunales Integrationsmanagement) die Case-Manager bei der Förderung und Einbürgerung gut integrierter Menschen aktiv unterstützen.

Zum besonderen Schutz der Familie (Art. 6 GG) äußerte sich die Behörde so, dass dieser Schutz nur bei „tatsächlicher familiärer Verbundenheit“ gelte.

## Kommentar

Wir lehnen den Militärdienst als „zumutbare Mitwirkungspflicht“ ab. Wir fordern von der Behörde, ihren Spielraum voll zu nutzen und humanitäre und mutige Entscheidungen zugunsten der beiden Familienväter zu treffen.

Für uns ist es inakzeptabel, dass Behörden junge Männer zur Waffenausbildung in ein Krisengebiet schicken - zumal es keine Rückkehr für die beiden gibt. Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass Kinder ihre sichere Heimat Deutschland verlassen, sondern wir erwarten, dass alle Beteiligten eine humanitäre Lösung finden.

In den Ausführungen stets auf das BAMF zu verweisen, wird den möglichen Ermessensspielräumen vor Ort nicht gerecht. Auch zukünftig werden wir mit Betroffenen im Gespräch bleiben, um nötigenfalls öffentlich auf Missstände und unmenschliche Entscheidungen aufmerksam zu machen.

Anfrage im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz,  
Land- und Forstwirtschaft am 02. Dezember 2021

Wir erfragten, wie im Kreisgebiet hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-  
Reduktion im Baubereich Rohstoffe verwendet und  
recycelt werden.

In Neubauten werden Rohstoffe nicht systematisch  
erfasst und es gibt auch keine rechtliche Grundlage für  
eine Dokumentation.

Lediglich bei Abbrucharbeiten von Kreisgebäuden erfol-  
ge eine möglichst umfassende Trennung der Baustoffe  
mit dem Ziel der Wiederverwertung.

Um das Klimaziel zu erreichen, kommt dem kommunalen  
Bau allerdings eine besondere Bedeutung zu. Die  
digitale Planungssoftware BIM (Building Information Mo-  
deling) ist noch nicht im Einsatz und auch nicht geplant.

Kommentar

Gerade die Baubranche muss klimafreundlicher  
werden. Rohstoffe müssen zirkulieren und Baustoffe  
dokumentiert werden.

Hierzu ist eine wichtige Maßnahme BIM, was auch  
im Koalitionsvertrag als zukunftsweisend erachtet  
wird. Wir unterstützen den digitalen Fortschritt in der  
Kreisbehörde und fordern, dass BIM in den nächsten  
Jahren installiert wird, um Bau- und Rohstoffe zu redu-  
zieren und zu recyceln.

Um verantwortungsvoll und zukunftsgerecht zu bau-  
en, muss BIM für kreiseigene Bauvorhaben genutzt  
werden. Da wir für unsere nachfolgenden Generatio-  
nen und den Planeten Verantwortung tragen, muss  
der Kreis im Baubereich jede Unterstützung bekom-  
men, um zeitgemäß und fortschrittlich Materialer-  
fassung zu betreiben. Ziel ist es, Rohstoffe in einen  
geschlossenen Kreislauf zu bringen.

**DIE LINKE.**  
Kreistagsfraktion Siegen-Wittgenstein

[www.die-linke-siegen-wittgenstein.de](http://www.die-linke-siegen-wittgenstein.de)